



## Antwortformular zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt

Abkürzung der Firma / Organisation : SP BS

Adresse : Rebgasse 1, 4058 Basel

Kontaktperson : Freija Geniale  
Melanie Nussbaumer

Telefon : +41 79 869 77 75  
+41 79 269 30 75

E-Mail : freija.geniale@to-inspire.ch  
nussbaumermelanie@gmail.com

Datum : 19. September 2023

**Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Bitte
  - pro Bemerkung,
  - pro Paragraf, Absatz und Buchstabe einer Gesetzesbestimmung und
  - pro Kapitel des Ratschlagseine Zeile verwenden.
3. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am 4. Oktober 2023 an folgende E-Mail-Adresse:  
[GD.Generalsekretariat@bs.ch](mailto:GD.Generalsekretariat@bs.ch).

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

**Teilrevision GesG – Allgemeine Bemerkungen zum Gesetzesentwurf und Ratschlagsentwurf**

Name/Firma	Bemerkung/Anregung
<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>	Die SP Basel-Stadt begrüsst eine möglichst rasche und effiziente Umsetzung des ersten Teils der Pflegeinitiative. Der Fachkräftemangel hat sich seit der Annahme der Initiative noch mehr zugespitzt und muss dringend angepackt werden. Dass genügend Fachkräfte ausgebildet werden, entspricht einem gesamtgesellschaftlichen Interesse, der Solidarität in der Regio und der internationalen Verantwortung. Umso wichtiger ist es, dass die Kosten für die Ausbildungsoffensive auch breit gesamtgesellschaftlich und nicht nur von den Institutionen getragen werden. Es ist also von höchster Relevanz, dass von Seiten Kanton genügend Ausgleichszahlungen an die zur Ausbildung verpflichteten Organisationen geleistet werden. Denn die meisten Spitäler und Alters- und Pflegeheime (APHs) sind bereits jetzt finanziell unter Druck. Zudem ist aktuell das Hauptproblem, dass es zu wenige Menschen gibt, die sich für eine Pflegeausbildung entscheiden und nicht, dass es zu wenige Ausbildungsplätze gibt (vor allem auf Stufe HF).

	Damit sich mehr Leute für den Pflegeberuf entscheiden und auch langfristig im langfristig im Beruf gehalten werden können, müssen dringend die Arbeitsbedingungen angepasst werden. Diese sind Teil des zweiten Umsetzungspakets der Pfleginitiative. Umso wichtiger, dass auch diesbezüglich vorwärts gemacht wird.
<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>	Was aus Sicht der SP Basel-Stadt im Ratschlag unbedingt noch ergänzt werden sollte, ist die Qualitätssicherung der Ausbildung. Aktuell ist der Entwurf ausschliesslich quantitativ und es sollte auf jeden Fall noch darauf eingegangen werden, wie die Qualität der (neu geschaffenen) Ausbildungsplätze sichergestellt wird. Ein Beispiel hierbei wäre, dass festgehalten werden sollte, dass Lernende unter keinen Umständen im Personalschlüssel und bei der Personalplanung mit einberechnet werden dürfen, was heute aufgrund des Personalmangels gängige Praxis ist.
	Weiter wäre es zentral, die quantitativen Ziele noch genauer zu benennen und eine Zielsetzung zu formulieren, wie viele zusätzliche Pflegekräfte bis in acht Jahren ausgebildet werden sollen.

Teilrevision GesG – Bemerkungen zu einzelnen Paragraphen des Entwurfs und zu deren Erläuterungen					
Name/Firma	§	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>	60a	2		Die SP BS anerkennt und unterstützt, dass der Regierungsrat hier weitergehen will, indem nicht nur die diplomierten Pfleger:innen gefördert werden sollen, sondern auch FaGes. Zusätzlich soll auch die Ausbildung zur AGS (Assistentin Gesundheit und Soziales EBA) gefördert werden und Teilzeitausbildungen angeboten werden.	
<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>		3		«Betriebe, die bisher noch nicht ausbilden, müssen die Strukturen und Prozesse sowie die personellen Ressourcen für die erforderliche Ausbildungsleistung zuerst aufbauen.» (Seite 9) Es ist positiv zu bewerten, dass die	

			<p>unterschiedlichen Situationen der Institutionen berücksichtigt werden. Insbesondere die Situation von Alters- und Pflegeheime, in denen die finanzielle Situation und die Versorgungs- sowie die Personalsituation ohnehin schon prekär sind, dürfen durch die Ausbildungsoffensive nicht zusätzlich belastet werden.</p> <p>Im Ratschlag wird nicht klar, ob die Berufsbildner:innen und Bildungsverantwortliche und deren Vergütungen, zeitliche Ressourcen und Weiterbildungen in den Institutionen miteinkalkuliert werden. Ausbildungsplätze ohne genügend Berufsbildende sind nicht zielführend. Die SP Basel-Stadt weist darauf hin, dass die Institutionen auch für diesen Aufwand ausreichend finanziell entschädigt werden müssen.</p>	
<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>		6	<p>Die SP Basel-Stadt schätzt die Stipendien als höchstrelevanter Baustein in der Ausbildungsoffensive ein. Auch für die Lehre zur FaGe sollten genug hohe und einfach zugängliche Stipendien zur Verfügung gestellt werden. Die Kriterien, um Stipendien zu erhalten, sollen möglichst niederschwellig sein und nicht erst subsidiär beziehbar sein, da es sich um einen systemrelevanten Beruf handelt. Praktikant:innen müssen zudem angemessen von den Institutionen entlohnt werden.</p>	
<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>		7	<p>Die SP Basel-Stadt erachtet es als zwingend nötig, auch die Ausbildung zur AGS zu fördern. Der Bedarf ist vorhanden, insbesondere in APHs. AGS entsprechen einem guten Berufseinstieg. Zudem sollen auch Ausbildungen in Teilzeit angeboten werden. Gerade für Personen, die privat Sorgearbeit leisten (z.B. alleinerziehende Elternteile), würde eine Ausbildung in Teilzeit den Einstieg erleichtern.</p>	

<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>	60b	2		Es ist wichtig, dass die Institutionen von einer Ausgleichszahlung entlastet werden, wenn trotz Bemühungen niemand rekrutiert werden konnte (S. 14). Denn wie einleitend schon geschrieben, ist das aktuelle Problem nicht, dass zu wenig Ausbildungsplätze angeboten werden, sondern dass sich wenige darauf bewerben.	
--	-----	---	--	---	--